

# Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 4.50 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Fernsprecher Nr. 928

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebengepaltene Postzeitung oder deren Raum 180 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 150 Pfg., Reklamen 500 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 233.

Dienstag, den 5. Oktober 1920.

27. Jahrg.

## Militärisches Spitzeltum.

Die Fälle mehren sich, in denen ein lässiges Spitzeltum, das die militärischen Nachrichtenstellen großgezogen haben, und das radikalen Putzschritten immer aufs neue Lebensmöglichkeit schafft, bloßgestellt wird. Wiederum sind wir in der Lage, das mehr als anrüchliche Kapitel des militärischen Spitzeltums um einen weiteren interessanten Beitrag zu bereichern. Aus unserer Nürnberger Parteizeitung liegt uns eine Gerichtsverhandlung vor, durch die das ganze militärische Spitzeltum, wie der Typ eines Spitzels überhaupt, so trefflich gekennzeichnet wird, daß jeder nur halbwegs anständige Mensch darüber nur Abscheu und Ekel empfinden kann.

In Bayern gelang bekanntlich während des Kapp-Putsch die Beseitigung des sozialdemokratischen Ministeriums. Seitdem ist Bayern die Hochburg der Reaktion. Republikanische Offiziere wurden entlassen, und wo es nur angängig war, hat man durch alle möglichen Beschuldigungen versucht, sie unter Anklage zu stellen. Wehnlich ist es auch einem Leutnant Hans Hummel der staatlichen Polizei Bayerns ergangen, der nach dem Kapp-Putsch in bezug auf Offiziere der staatlichen Polizeiwehr erklärt haben soll: Das sind verkappte Monarchisten. Der Chef der staatlichen Polizeiwehr, Oberstleutnant Panzer, hatte gegen Leutnant Hummel daraufhin Strafantrag wegen Beleidigung der Offiziere gestellt. Vor dem Nürnberger Schöffengericht kam dieser Beleidigungsprozeß leztlich zur Verhandlung. Der Strafantragsteller hatte eine Reihe Offiziere der Polizeiwehr sowie den Oberwachmeister Schmitz und den Reisenden Karl Donath als Zeugen geladen. Auf Befragen des Vorsitzenden gab der Angeklagte Leutnant Hummel an: „Ich habe nicht gesagt, alle Offiziere sind verkappte Monarchisten, sondern mich vielmehr über die Offiziere geäußert, die nicht ganz auf dem Boden der republikanischen Verfassung stehen, trotzdem sie darauf einen Eid geleistet haben. Ich habe auch nicht von den Offizieren im allgemeinen gesprochen, sondern nur einige gemeint. Wenn z. B. einer der Offiziere, wie der Leutnant Hirth, beim Ausbruch der Revolution als erster mit der roten Armbinde herumließ und beim Kapp-Putsch sich als begeisterter Monarchist aufspielte, so ist das ein Gesinnungswechsel, über den ich mich offen geäußert habe.“ Auf weiteres Befragen des Verhandlungsleiters, ob Hummel vielleicht doch den Ausdruck „verkappte Monarchisten“ gebraucht hat, erklärte Hummel, daß er Manns genug sei, dafür einzustehen, was er gesagt habe. Bei der Revolution habe er gezeigt, daß er ein Mann sei; denn er habe mitgearbeitet, daß die Putschisten endlich aufhörten und Ruhe und Ordnung wieder einträte. Da er aber auch gegen die deutschvölkische Heße, die zu Putsch führen sollte, gestimmt habe, habe man Spitzel auf ihn geheut und gegen ihn arbeiten lassen.

Als erster Belastungszeuge wurde der Oberwachmeister Schmitz vernommen. Schmitz weiß heute nicht mehr genau, ob das Wort „verkappte Monarchisten“ gefallen sei, glaubt aber, daß das auch richtig sei, was er im April zu Protokoll gegeben habe. Verteidiger Dr. Süßheim: Sind Sie von dem Leutnant Hirth der Polizeiwehr in ein Caféhaus bestellt worden, um mit diesem die gerichtlichen Aussagen zu besprechen? Oberwachmeister Schmitz gibt die Zusammenkunft zu, schweigt aber über die Unterhaltung. Verteidiger Dr. Süßheim: Kennen Sie Scherbenberg? Schmitz: Nein! Verteidiger Dr. Süßheim: Dann will ich es Ihnen sagen. Das sind Sie selbst. Sie gehören unter diesem Decknamen der Agenten-Abteilung der staatlichen Polizeiwehr an. Auf die weiteren Fragen über die Anstellung politischer Agenten zog sich Schmitz auf seinen Dienst zurück.

Ueber die Glaubwürdigkeit und den Charakter dieses Oberspitzels erfährt man vor Gericht unter Hinweis auf Gerichtsakten, daß der Oberwachmeister Schmitz, der unter dem Decknamen Brüninghaus und Scherbenberg Spiecheldienste versah, vor Jahren wegen Betruges unter Anklage stand. Er konnte nicht bestrast werden, weil ein gerichtliches Gutachten feststellte, daß Schmitz vollständig degeneriert sei, daß er ferner Morphium sei. Ein weiteres ärztliches Gutachten, das 1914 eingeholt wurde, weil Schmitz, der aus Nürnberg ausgewiesen war, wegen Brandstiftung unter Anklage stand, stellte fest, daß Schmitz zu jeder geistigen Tätigkeit unfähig sei.

Die Verteidigung erklärte sich bereit, dem Gerichte noch weitere Tatsachen über diesen Oberspitzel zu unterbreiten, wenn es gewünscht würde. Das Gericht beschloß, den Zeugen Oberwachmeister Schmitz wegen mangelnder geistiger Vorleistung über den Eid nicht zu vereidigen.

Der nächste Belastungszeuge, Reisender Karl Donath, weiß über die unter Anklage stehende Bezeichnung „verkappte Monarchisten“ heute auch nichts Genaues. Auf seinen Eid könne er jedenfalls nicht nehmen, daß Hummel sich wirklich so ausgedrückt habe. Vorsitzender: Dann macht man auch nicht solche Berichte, wenn man es nicht genau weiß. Zeuge Donath: Das sind so Gemütsverfassungen, in welchen man solche Angaben macht. Verteidiger Dr. Süßheim: Sie waren doch früher Kommunist und sind jetzt bei den Deutsch-Völkischen. Wie reimt sich das zusammen?

Zeuge Donath: Das ist einfach. Als Kommunist kann man auch bei den Deutsch-Völkischen sein. Verteidiger: Was hatten Sie als Reisender auf der Polizeiwehr mit Schmitz zu tun? Zeuge Donath: Ich war beschäftigt dort. Verteidiger Dr. Süßheim: Wir stellen fest, daß er politischer Agent ist und dafür bezahlt wird. Zeuge Donath schweigt.

Nach Vernehmung dieser beiden Zeugen verzichtete der Staatsanwalt auf die Stellung eines Antrages wegen Bestrafung des Leutnants Hummel. Nach einem kurzen Plädoyer gelangte das Gericht zur Freisprechung des Angeklagten Leutnant Hummel.

Der Staatsanwalt hat mit dem blamablen Freispruch anscheinend genug gehabt, denn unser Nürnberger Parteiorgan deutet an: „Hätte der Staatsanwalt an den beiden Belastungszeugen nicht schon genug gehabt, so wäre es möglich gewesen, vor dem Gericht auf weitere Treibereien in dieser staatlichen Institution der Polizeiwehr hinzuweisen.“ Wir aber sagen: Der Herr Reichswehrminister Geßler hat schon ein paar Duzendmal versprochen, mit den militärischen Nachrichtenstellen aufzuräumen, bisher ist aber nichts davon zu spüren. Es ist eben so: Der Reichswehrminister besichtigt, und die Herren Offiziere gehorchen nicht!

## Die Notlage der Arbeiterschaft.

Aus den verschiedensten Gegenden Deutschlands sind bei dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund Beschwerden und Anträge eingelaufen, welche eine unbegründete Stilllegung von Betrieben, die Fürsorge für die Arbeitslosen, die Frage des Preisabbaues und die Lebensmittelversorgung, besonders die Versorgung mit Kartoffeln, sowie die Frage der Steuerabzüge zum Gegenstand hatten. Am Sonnabend, dem 2. Oktober wurden in einer Sitzung beim Reichspräsidenten in der das Reichsernährungsministerium und das Reichsarbeitsministerium vertreten waren, diese Fragen eingehend vom Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes dargelegt. Eine ausgiebige Besprechung zeitigte folgenden Ergebnis:

1. Eine Verordnung, betreffend Abbau und Stilllegung von Betrieben geht vom Reichswirtschafts- und Reichsarbeitsministerium in den allernächsten Tagen dem Reichstag zu. Diese neue Verordnung dürfte den Wünschen der Arbeiterschaft im wesentlichen gerecht werden.

2. Die Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge werden in letzter Zeit ausgiebig in Anspruch genommen und über das bisher vorgesehene Maß hinaus zur möglichen Beseitigung der Arbeitslosigkeit verwendet werden. Das Reichsamt für Arbeitsvermittlung, dem die Erledigung der einschlägigen Anträge im einzelnen obliegt, wird sein möglichstes tun zur schnellsten Erledigung. Dabei sollen diejenigen Bezirke und Industrien, welche gegenwärtig vornehmlich Not leiden, besondere Berücksichtigung finden. Durch Kabinettsbeschluss sind bereits sämtliche Reichs- und Staatsbetriebe angewiesen, alle nur möglichen Bestellungen jetzt herauszugeben.

3. Die Unterstützung der Arbeitslosen wird gegenwärtig erhöht. Zurzeit kommen die bereits vor mehreren Wochen bewilligten besonderen Beihilfen für langfristige Erwerbslose mit Familie zur Auszahlung. Die vom 5. Auspruch des Reichstags eingeschickte Unterkommission hat mit dem Reichsarbeitsministerium über die Anpassung der Arbeitslosenunterstützung an die Bedürfnisse des Winters am 1. Oktober beraten. Das Ergebnis dieser Beratung, das auf eine Erhöhung der laufenden Unterstützung für die Wintermonate hinausläuft, wird in den nächsten Tagen Gegenstand einer Kabinettsberatung sein.

4. Die Regierung ist in letzter Zeit mit Erfolg bemüht, mit Hilfe des Zusammenschlusses der Produzenten auf der einen Seite und der gewerkschaftlichen Verbände als Arbeitsmeritororganisationen auf der anderen Seite die Preise wichtiger Verbrauchsgüter zu verbilligen. Bei den Eisenbahnern ist diese Aktion schon in Wirksamkeit getreten. Sie wird in allernächster Zeit weitere Anwendung finden.

5. Am 28. September kam zwischen Führern der Landwirtschaft, des Handels und der Arbeiterschaft eine Vereinbarung zustande, wonach ein Preis von 25 M. je Zentner Kartoffeln Erzeugerpreis in keinem Falle überschritten und dort, wo es die örtlichen Produktionskosten gestatten, dieser Preis nach Möglichkeit gesenkt werden soll. Diese Vereinbarung hat eine gewisse Beruhigung hervorgerufen. Alles kommt aber auf ihre entsprechende Durchführung in den einzelnen Reichsteilen an. Die Ernährungsminister der einzelnen Länder sind deshalb vom Reichsministerium bereits schriftlich und auf der Ernährungsministerkonferenz der Minister, die am 1. Oktober in Berlin tagte, auch mündlich ersucht worden, ihrerseits auf das Zustandekommen örtlicher Vereinbarungen im Sinne des Abkommens vom 28. September mit allem Nachdruck hinzuwirken.

Dabei soll insbesondere angestrebt werden, daß nach Vorgängen in einzelnen Teilen des Reiches durch diese Vereinbarungen eine vorzugsweise billigere Belieferung der minderbemittelten Bevölkerung mit Kartoffeln sichergestellt wird. Diese Bestrebungen sollen nach Möglichkeit weitergeführt und ausgebaut werden. Einem wucherischen Einkauf von Kartoffeln wird vom Reichsernährungsministerium mit allen Mitteln entgegengetreten werden. Einschlägige Fälle sollen sofort zur Anzeige gebracht werden.

## Das Heil aus dem Osten.

Wie wir in der Beilage der vorliegenden Nummer unseres Blattes berichten, hat das Exekutivkomitee der dritten Internationalen in Moskau beschlossen, zwei seiner Mitglieder und Hauptwortführer, Sinowjew und Bucharin, nach Halle auf den Parteitag der U. S. P. D. zu entsenden. Nach der kommunistischen „Roten Fahne“ haben Sinowjew und Bucharin bereits die deutsche Regierung um sofortige Bewilligung der Einreiseerlaubnis erlucht. Sie haben die „Unabhängige“ Partei offiziell aufgefordert, sie bei diesen Bemühungen zu unterstützen und diese Partei dadurch in eine geradezu tragikomische Lage gebracht, denn der Zweck der Einreise ist nicht etwa ein rein platonischer, sondern er ist, wie in dem Schreiben Sinowjews klipp und klar ausgesprochen wird, ausschließlich auf die Teilnahme an dem Halleischen Parteitage der U. S. P. D. gerichtet. Die beiden Russen wollen, wie die „Rote Fahne“ erklärend bemerkt, Crispian und Dittmann entgegenzutreten und ihrerseits Referate über Sowjet-Rußland halten. Wenn überhaupt noch die Möglichkeit bestand, die schier unüberbrückbaren Gegensätze der U. S. P. D. in Halle noch einmal durch beiderseitige Zugeständnisse auszugleichen, wie man es in Leipzig fertiggebracht hatte, so ist diese Aussicht durch die persönliche Teilnahme der russischen Kommunisten auf den Nullpunkt gesunken.

Es ist nicht anzunehmen, daß die Mitglieder des rechten Flügels der U. S. P. D. so viel Mühegrat besitzen, um der Gegenüberstandzuhalten, und so wird die Stellung der Ledebour, Crispian, Dittmann usw., die schon jetzt schwer war, nahezu unhaltbar. Wir haben keine Ursache, uns des bolschewistischen Uebergewichts in der U. S. P. D. zu freuen, da die Einigkeit der deutschen Arbeiterbewegung dadurch noch weit mehr gefährdet wird, als das bisher schon der Fall war, und doch muß man sagen, noch nie sind Schuldige so schnell von der Sühne ereilt worden, wie die „unabhängigen“ Parteipalster, die jetzt am eigenen Leibe erleben, was sie leider erfolgreich vor vier Jahren in der Deutschen Sozialdemokratischen Partei verübten: den schändlichsten Verrat! Für die Arbeiterschaft aber kann es nach diesen Erfahrungen nicht mehr zweifelhaft sein, daß die „Unabhängigen“ Partei auch den letzten Rest von Existenzberechtigung verloren hat, und daß es deshalb für diejenigen deutschen Arbeiter, die für den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft auf demokratischer Grundlage zu kämpfen gewillt sind, nur noch eine einzige Partei gibt: die alte Sozialdemokratie. Hieran werden auch die Sinowjews und Bucharins nichts ändern, deren Unverschämtheit erfreulicherweise nicht soweit ging, auch an unserer Partei das Ansehen zu stellen, auf dem Parteitage in Kassel vertreten zu sein.

## Der Riß in der U. S. P. D.

Spaltung in Württemberg.

Sonnabend und Sonntag fan in Cannstatt im Beisein von Crispian und Stöcker eine außerordentliche Generalversammlung der württembergischen U. S. P. D. statt, die gleich am ersten Tage die endgültige Spaltung brachte. Nach heftiger Geschäftsordnungsdebatte sprach die Versammlung den Anhängern Crispians und des Landesvorstandes mit allen gegen 11 Stimmen das schärfste Mißtrauen aus. Dann stellte der Kassierer fest, daß die Kasse leer sei, und daß die Delegierten zum Halleischen Parteitag erst nach Leistung eines Extrabeitrages in Marß gelegt werden könnten. Der Landesvorstand verlangte darauf, daß ihm Gelegenheit zur Erstattung eines Tätigkeitsberichts gegeben würde. Das wurde aber mit 111 gegen 86 Stimmen rundweg abgelehnt. Dem Landesvorstand wurden die schlimmsten Schimpfwörter wie „Dreharbeitenpolitiker“ usw. zugerufen. Als der weitere Antrag der Minderheit, die Versammlung auf eine halbe Stunde zu vertagen mit 187 gegen 63 Stimmen abgelehnt wurde, verließen die Anhänger Crispians und des jetzigen Landesvorstandes unter ungeheurem Kadau den Saal. Es war aber nur ein kleines Häuflein, 45 von insgesamt 217 Delegierten, ferner zwei Redakteure des Stuttgarter „Sozialdemokrat“, ein Teil der Propkommission, mehrere Abgeordnete usw. Das mostautreuliche Parlament tagte danach munter weiter und lud den Zentralvorstehenden Crispian zur Erstattung seines Moskauer Referats ein. Crispian verlangte zuvor Aufhebung der bisher von der Landesversammlung gefassten Beschlüsse, was jedoch von der Versammlung abgelehnt wurde. Dann hielt Stöcker sein Referat, in dem er die ungünstigen russischen Zustände gar nicht zu bekämpfen wagte, gleichwohl aber den Anschluß an Moskau empfahl. In der Aussprache kam eine gegenseitige Ansicht nicht mehr zum Ausdruck. Bedauert wurde, daß die Parteispaltung nicht schon früher erfolgte! Einstimmig gelangte eine Entschliebung zur Annahme, die vom Parteitag den Anschluß an Moskau forderte, das Stuttgarter U. S. P.-Blatt als Organ der Mostautreuliche proklamiert und vom Parteitag eine scharfe Verurteilung des Weglaufens Crispians aus der Landesversammlung erwartet. Schließlich wurde ein neuer, mostautreuer Landesvorstand gewählt. Die Väter der württembergischen U. S. P. D., darunter Crispian, befinden sich fast ausnahmslos bei der Parteispaltung, die am Sonntag für sich tagte. Sie erließ eine Rundgebung, in der sie sich als rechtmäßige U. S. P. D. Württembergs erklärt und dem bisherigen Landesvorstand ihr Vertrauen ausspricht.

Am Sonntag haben in der U. S. P. D. an vielen Orten Urwahlen für die Delegation zum Parteitage in Halle stattgefunden. Da es sich in Halle um Sein oder Nichtsein der Partei handelt, mußte man eine starke Beteiligung an der Wahl erwarten. Das ist nicht der Fall gewesen. Nur ein winziger Bruchteil der Mitglieder hat sich an der Wahl beteiligt. In Berlin wurden 15 560 Stimmen für den Anschluß an Moskau

18 500 gegen den Anschluß abgegeben. In Nieder-Sachsen sind Steglitz, Schöneberg, Friedenan, Dahlem, Malow, Zehlendorf und in Königswusterhausen blieben die Kommunisten in der Minderheit. In Magdeburg legten die Däumli-Deute mit ganzen 44 Stimmen, während in Leipzig die Däumli-Deute mit 4000 Stimmen zu wenig auftraten. In der Stadt Plauen waren mehr als doppelt so viel Gegner des Anschlusses an Moskau, als Anhänger. In Crimmitschau waren sechsmal so viel Gegner als Anhänger, in Zwickau stimmten achtmal so viel gegen die Beteiligung als für dieselbe. In der Stadt Frankfurt a. M. waren 85 Stimmen mehr für Moskau als gegen Moskau. Auch in Mannheim hat sich eine schwache Mehrheit für Moskau ergeben.

### Die Brüsseler Finanzkonferenz.

III. Brüssel, 5. Oktober. Der gestrige Konferenztag war den Arbeitskomitees gewidmet. Es tagte sowohl die Konferenz für das Geldwesen und für die Wechselfragen, als auch der Arbeitsausschuß für die Staatsfinanzen. Die Verhandlungen sind auf Anordnung des Präsidenten der Konferenz streng geheim. Soweit aber bis jetzt zu erkennen ist, dürfte der Konferenz über die internationalen Kredite eine große Bedeutung zukommen. Auf deutscher Seite wird der Gedanke vertreten, daß es Sache des amerikanischen Kapitals sei, West-Europa und Deutschland zu sanieren, worauf dann die wiederhergestellte Kraft Deutschlands für den Wiederaufbau des Ostens, besonders Rußlands, verwendet werden könnte.

### Ein Zwischenfall in Riga.

Der Berichtstatter des Pariser „Journal“ in Riga meldet: Am Sonntag ereignete sich in einem hiesigen Weinkel ein unklarer Zwischenfall. Als zu vorgerückter Stunde einige Mitglieder der Sowjetdelegation den Raum betraten, wurde von mehreren ungeheueren Gästen ein antirussisches Lied angestimmt. Als die Repräsentanten daraufhin gegen diese Provokation protestierten, erhob sich ein allgemeiner Tumult, jedoch die Delegation unter Pfeifen und Schreien der Gäste das Lokal fluchtartig verlassen mußten.

### Die Auslieferung der deutschen Flotte.

III. London, 4. Oktober. Die Auslieferung der deutschen Flotte an die Alliierten wurde am Sonntag morgen durch die Ankunft einer Reihe deutscher Schiffe, darunter fünf Kreuzer, im Sixth of Forth vervollständigt.

### Gefährdung der Abstimmung in Kärnten.

Wie der Telegraphen-Union berichtet wird, wird die Lage im Kärntner Abstimmungsgebiet von Tag zu Tag ernster. Es zeigt sich, daß die südslawischen Truppen nicht ernstlich gewillt sind, ihre militärischen Kräfte aus der Abstimmungszone herauszuziehen. Sonntag sind südslawische Alarmbataillone in der ganzen Zone A festgestellt worden. Die großen, aber von südslawischen Gendarmen und entlassenen Soldaten verstärkten südslawischen Prügelgardien bedrücken die Bevölkerung durch steigenden Terror, besonders im Gebiete Bölkermarkt und Klögg, wo sogar der österreichische Vertreter bei der Plebiszitkommission mehrmals mißhandelt und am Leben bedroht wurde. Es sind an der Süd- und Ostgrenze der Abstimmungszone A südslawische Truppen unter General Smijanič zusammengezogen, und bedrohen die Ruhe der Bevölkerung. Die südslawischen Behörden, in deren Händen noch immer die Verwaltung der Abstimmungszone A liegt, beschlagnahmen Lebensmittel, die für heimatsreue Kärntner bestimmt sind, und suchen den Autoverkehr der kärntnerisch-germanen untereinander und mit Klagenfurt zu unterbinden. Obwohl die Lage auch von der Plebiszitkommission als sehr ernst angesehen wird, erscheint es doch unwahrscheinlich, daß die zur Abstimmung dringend benötigten inaktivierten Truppen in die Zone A geschickt werden. Man kann sich denken, unter welchen Umständen nunmehr die Abstimmung am 10. Oktober sich vollziehen dürfte.

### Italien und Jugoslawien.

Meldungen, die der Schweizer Presse aus Belgrad zugegangen sind, bezeichnen die Lage zwischen Italien und Jugoslawien als sehr gespannt. Es gehen sogar Gerüchte über eine angebliche Kriegsgefahr zwischen diesen beiden Ländern um. Die Reise des Prinzregenten nach Sarajewo wird hiermit in Zusammenhang gebracht. Ingleich berichteten italienische Blätter, daß die Belgrader Regierung die Beilegung von Zara fordert.

### Kapitulierung der russischen Südarmerie?

Der „Matin“ meldet aus Warschau: Die russische Südarmerie hat kapituliert, 35 000 Mann haben sich ergeben. Das „B. L.“ bemerkt hierzu: Die letzten Berichte über Wrangel zeigen einen so plötzlichen, entscheidenden Erfolg nicht wahrscheinlich.

## Politische Rundschau.

#### Deutschland.

**Die Trauben hängen zu hoch.**  
Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei war dieser Tage in Weimar verammelt, um zur Frage einer Regierungsumbildung im Reich Stellung zu nehmen. Die Aussprache endete mit der Annahme folgender Entschließung:  
Die Fraktion hält an der gegenwärtigen Koalitionsregierung fest. Angehörig der Haltung, welche die Sozialdemokratie bei der Regierungsumbildung im Juni und erneut bei den gegenwärtigen Diskussionen über die Frage ihrer Hinzunahme zur Regierung eingenommen hat, besteht für die Deutsche Volkspartei keine Veranlassung, von ihrer Seite aus die Frage der Erweiterung der Koalition nach links noch weiter zu erörtern.

Die ersten Streikmächte (Koten-Ketten-Sprenger) die gerne hätten die Sozialdemokratie vor ihren Karren gespannt hätten die Trauben hängen zu hoch. Sie müssen ihnen die Kapfen auslösen, die sie sich eingehandelt haben.

### Das ist ganz was anderes!

Die „Deutsche Tageszeitung“ entrüstet sich darüber, daß der Militärinvalide Bauer, einer der Haupttäter bei der Ermordung des Oberleutnants Klüber in Halle, der seinerzeit zum Tode verurteilt worden war, zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt worden ist. Als der zum Tode verurteilte Mörder Kurt Eisners, Graf Arco nicht etwa zu lebenslänglichem Zuchthaus, sondern zu lebenslänglicher Festungshaft begnadigt wurde, hat die gesamte Rechtspreffe das durchaus in der Ordnung gefunden. Aber ein gräßlicher Mörder — das ist natürlich ganz was anderes!

### Das Land der Kleinbürger.

Als die sozialdemokratische Partei neulich ihren Freunden und Mitgliedern einen höchst erfreulichen Bericht von dem Aufschwung ihrer Organisation zu geben in der Lage war, da meldete sich die „Rote Fahne“, um schleunigt zu erklären, die ganzen Zahlen seien bedeutungslos, weil die Sozialdemokratie ja doch nur noch die „Partei der Kleinbürger“ sei. Unter dieser Behauptung können die Kommunisten nur schlecht ihren Reib verbergen; denn es besteht kein Zweifel, daß ihr Organ bei einer Mitteilung von einem schlechten Mitgliederstande oder von einem Rückgang unserer Partei in ein lautes Freudengeheul ausgebrochen wäre. Die Sozialdemokratie ist also die Partei des Kleinbürgerertums — sagt die „Rote Fahne“. Kleinbürgerlich ist aber auch die gesamte Unabhängige Partei, wie gleichfalls von der „Roten Fahne“ unaufhörlich behauptet wird. Wir kommen also, wenn wir die Mitgliederzahlen der beiden großen sozialdemokratischen Parteien addieren, zu einem Kleinbürgerertum, um dessen Größe uns die ganze Welt beneiden — oder bebauern könnte. Wir wissen nicht, ob die „Rote Fahne“, das Blatt der R. P. D., die in der R. P. D. organisierten Arbeiter gleichfalls für Kleinbürger erklärt, müssen das aber nach dem bisherigen Verhalten des kommunistischen Organs annehmen. In jedem Falle besteht das Proletariat — nach Ansicht der „Roten Fahne“ — ausschließlich aus den Mitgliedern der R. P. D. Da es nun bis vor weniger als zwei Jahren noch keine R. P. D. gab, muß man aus dieser Behauptung der „Roten Fahne“ den logischen Schluß ziehen, daß es bis dahin in Deutschland überhaupt noch kein Proletariat gab. Wenn Karl Marx noch lebte, so würde ihn vor seinen Verdünnern ein Graus paden. Man sieht aber, zu welchen unsinnigen Ergebnissen die agitatorische Phrasenpolitik der Kommunisten führt.

### Wieder ein deutschnationaler Schwindel entlarvt.

In der Zeit, als das „Korruptions“geschrei gegen unsere Genossen in der Regierung besonders stark war, brachte auch die „Deutsche volkswirtschaftliche Korrespondenz“ des Dr. Diedmann im Januar 1920 einen besonders gehässigen Artikel, in dem die Genossen Scheidemann und Willell verdächtigt wurden, als Minister Bestechungsgelder für die Erteilung von Ausfuhrbewilligungen angenommen zu haben. Die beiden Genossen stellten darauf Strafantrag gegen den Herausgeber, der jetzt in Nr. 88 seiner Korrespondenz mit folgender Erklärung Abbitte leistet:

#### In eigener Sache.

In Nr. 2 der „Deutschen volkswirtschaftlichen Korrespondenz“ vom 6. Januar 1920 ist ein von mir verfaßter Aufsatz mit der Spitzmarke „Korruption“ erschienen, in welchem auf Grund von Pressemeldungen und persönlichen Erkundigungen die angeblichen Bemühungen der Herren Reichsminister a. D. Scheidemann und Willell um die Ausfertigung des Durchfuhrscheins im Betrage von 50 Millionen Mark an den Kommissar Georg Scharz einer abfälligen Kritik unterzogen und zugleich dem Verdacht Ausdruck gegeben wurde, daß diese Dienst nicht ohne Gegenleistungen materieller Art geblieben sein könnten. Die zur Rechtfertigung dieses Vorwurfs angezogenen Zeugen haben sich infolgedessen als unzuverlässig erwiesen, als sie es ablehnten, ihre Aussagen an Gerichtsstelle zu beibringen. Ich kann deshalb meine Behauptungen nicht aufrechterhalten und nehme sie mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück.

#### Dr. Diedmann, Schriftleiter

der „Deutschen volkswirtschaftlichen Korrespondenz.“  
Der immerhin seltene Fall, daß eine Verleumdung der Reaktion freiwillig zurückgenommen wird, soll anerkannt werden. Aber damit ist die Sache nicht erledigt. Der Artikel, der ziemlich im Verborgenen blühenden Korrespondenz in weiteren Kreisen erst dadurch bekannt geworden, daß er von einer Anzahl deutschnationaler Blätter nachgedruckt wurde. Obwohl die Zurücknahme der Verleumdung bereits einige Tage her ist, haben sie es bisher noch nicht nötig befunden, von ihr Notiz zu nehmen. Mit der Verbreitung der Verleumdung hatten sie es viel eiliger.

### Billige Textil- und Schuhwaren für die Bergarbeiter.

Bei der Erneuerung des Ueberziehendenabkommens hatte die Regierung die Lieferung von verbilligten Textil- und Schuhwaren an die Bergarbeiter zugesagt. Die dafür eingesetzte Kommission hat nunmehr, wie aus Böhmen berichtet wird, unter Zustimmung von Sachverständigen in den verschiedenen Teilen des Reiches größere Mengen Schuhwerk sowie fertige Bekleidungs- und Wäscheartikel gekauft. Es handelt sich dabei auch um Bekleidungsgegenstände für die Familie und um Hauswäsche. Die Preise sind um ein Drittel des Einkaufswertes ermäßigt. Die Berechtigung zum Bezug dieser verbilligten Waren ist an das Vorliegen des vertragsmäßigen Ueberziehendenabkommens geknüpft.

### Das Urteil gegen Eisenberger.

Der kommunistische Landtagsabgeordnete Eisenberger wurde am Montag vom Volksgericht in München zu 2 Jahren Gefängnis unter Anrechnung von 3 Wochen Untersuchungshaft verurteilt. In seiner Verteidigungsrede erklärte Eisenberger den Ministerpräsidenten v. Kaahr, den Münchener Polizeipräsidenten und andere führende Persönlichkeiten in Bayern als Hochverräter. Von dem Vorliegenden zum Einhalten verpflichtet, schloß er mit der Drohung, daß über kurz oder lang die heutigen führenden Persönlichkeiten vor ein Revolutionstribunal gestellt würden.

### Kleine politische Nachrichten.

Der englische Minister des Äußeren, Lord Curzon, teilt nunmehr dem Völkerbunde mit, daß die englische Regierung künftig alle von ihr angenommenen internationalen Verträge dem Völkerbund unterbreiten werde.  
Wie „Echo du Rhin“ meldet, ist der Vertreter Englands in der alliierten Rheinlandschaftskommission, Sir Harold Ginnart, zurückgetreten. Sein Nachfolger ist der bisherige Generalbevollmächtigte bei dieser Kommission, Robertson.  
In die Rheinpfalz sind am 30. September neue farbige Truppen einmarschiert, so in Neuhadt, Kaiserslautern und Speyer.  
Anschließend wird gemeldet: Die spanischen Streikkräfte von Arango befehlen die Gehirgsstellungen der Ben Eazi (Marokko). Die feindlichen Verluste betragen 27 Tote, die spanischen Verluste sind: 1 Leutnant verwundet, 2 Gefangene tot und 3 verwundet; außerdem wurden 2 Granaten und 60 Gewehre erbeutet.

### Italien.

#### Die soziale Gärung.

In der Provinz Padua ist der Agrarstreik ausgebrochen. In der Provinz Catania haben die Landarbeiter nach dem „Avanti“ sämtlichen Grundbesitz über 3000 Hektar besetzt. In der Provinz Croissio (Loshana) wurde wegen der Tötung eines Arbeiters der Generallandstreik erklärt. Die Züge Rom-Genua müssen über Florenz verkehren.

### Frankreich.

#### Verlängerte Arbeitszeit im Wiederaufbaugebiet.

Nach dem „Suffragant“ haben die Bauarbeiter in Nordfrankreich beschlossen, die Arbeitszeit im Interesse des Wiederaufbaues zu verlängern; sie wollen 9 bis 10 Stunden arbeiten.

### England.

#### Die Krise in der englischen Industrie.

Der „Telegraph“ meldet aus London: Die Krise im englischen Handel und in der englischen Industrie tritt schon eher, als man erwartet hat, ein. Eine der größten Fabriken von Sheffield hat Tausende von Arbeitern wegen Mangel an Aufträgen entlassen. Die Fabrik steht in Verbindung mit dem amerikanischen Stahltrust, einem der größten Konzern der Welt. Man betrachtet daher dieses Ereignis als den Beginn der größten wirtschaftlichen Depression.  
In der Baumwollindustrie des Manchester-Bereiches wurde beschlossen, künftig zwei Tage in der Woche wegen Stillstandes in der Industrie zu feiern. Die Arbeiter verlangten, daß nur an einem Tage gefeiert werden sollte, aber die Arbeitgeber werden wahrscheinlich, wie holländische Blätter zu berichten wissen, trotzdem ihren Beschluß aufrecht erhalten.

### Indien.

#### Arbeiterunruhen.

Aus Bombay ist im englischen Ministerium für Auswärtiges die Nachricht eingetroffen, daß in Indien Arbeiterunruhen ausgebrochen sind. Auch aus Assam werden Unruhen auf einer Teeplantage mitgeteilt, bei denen fünf Engländer, darunter der Polizeichef, schwer verwundet worden seien. Die Lage sei gefährlich. Truppen seien zusammengezogen worden.  
Nach einer Meldung aus Simla ist der sozialistische „Daily Herald“ in Indien verboten worden.

## Aus dem Freistaat Lübeck.

Dienstag, 5. Oktober.

### Um Lübeds Zukunft.

Im gestrigen Artikel hat der Scherzhobler kein garstig Spiel getrieben. Es war von vornherein vorgelesen, die Stimmen aus Lübeds Handels- und Industriezweig in zwei Abteilungen zu bringen. Der Druckfehlerheiser hat der Redaktion ins Handwerk gepfuscht und ihre Streichungen dadurch vermehrt, da er ein Blatt ganz übersehen hat. Dadurch sind die Ausführungen der Firma Charles Pettit & Co. mit denjenigen des früheren Syndikus der Handelskammer, Dr. Wallroth ineinandergeraten und die Stimme Schmalbrochs wurde ganz ausgelassen. Der zweite Teil lautet also:  
Ueber die gesteigerte Bedeutung des Expeditions-, Agentur- und Kommissionsgeschäftes schreibt die Firma Charles Pettit & Co. u. a.: Für Lübeck und seine Spezialinteressen spielen die Ostseeländer eine Hauptrolle. Die Exportmöglichkeit nach diesen Ländern hängt in erster Linie von der Luftfrage ab. So lange der Markkurs niedrig stand, herrschte ein ziemlich lebhafter Export vor. Das Angehen des Marktkurses hat dagegen neuerdings eine Einschränkung der Ausfuhr zur Folge gehabt. Außerdem zeigt es sich, daß die Kaufkraft im Norden gelunken ist.  
Dazu kommt, daß jetzt die deutsche Ausfuhrabgabe für alle ausgehenden Sendungen nach dem Ausland erhöht wird. Wodurch dieselbe anfangs infolge teilweiser Verschleuderung von deutschen Waren gerechtfertigt erscheinen, so ist diese neue Regel nunmehr infolge Hebung der deutschen Valuta geradezu als eine Unterbindung der Ausfuhr anzusehen. Eine Wiederaufhebung dieser Abgabe erscheint bald und dringender geboten. Dabei muß man noch der sich immer steigende Wettbewerb des Auslandes in den skandinavischen Ländern in Betracht gezogen werden.  
Der Vorstand des Nordischen Exportors von L. Rosenthal Konzern, Joh. Schwabroch, urteilt über Lübeds Stellung in der deutschen Volkswirtschaft günstig. Der Ostseeverkehr gewinne um so mehr Bedeutung, wenn erst einmal eine Gesundung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Rußland und in den russischen Randstaaten eingetreten ist. Neben den während des Krieges wirtschaftlich erheblich erkrankten skandinavischen Ländern wird dann das große Gebiet des früheren russischen Reiches für sehr viele Erzeugnisse lo aufnahmefähig sein, daß an der Befriedigung dieses Bedarfs Deutschland sicher einen ganz erheblichen Anteil sich sichern kann. Lübeck wird an dieser zukünftigen Entwicklung keinen erheblichen Anteil haben. Dafür bürgt die günstige geographische Lage unseres Ortes an dem südwestlichsten Zipfel der Ostsee und unsere anschließenden Inlandsverbindungen sowohl auf dem Bahn- wie auf dem Binnenwasserwege. Da für diesen Ostseeverkehr in der regelmäßigen Tourenfahrt nur kleinere Schiffe in Frage kommen, so wird die Abgabe unserer Handelsflotte hierauf keine so unangenehme Wirkung ausüben, wie in dem großen Weltverkehr. Außerdem aber führen auf Lübeck vor und während des Krieges schon immer zahlreiche ausländische Schiffe, die auch jetzt den Verkehr fortsetzen und dadurch die regelmäßigen Tourenverbindungen nach allen Häfen der Ostsee von dem hiesigen Orte aus leichter und zuverlässiger gestalten lassen, als von manchen anderen deutschen Ost- und Nordseehäfen.  
Die Grundlage für eine günstige Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft bildet aber natürlich das Maß der Arbeitsleistung in Deutschland selbst und die Menge der uns zur Verfügung stehenden Rohstoffe. Erst wenn wir über unseren eigenen Bedarf hinaus genügend Waren für die Ausfuhr erzeugen können, wird sich unsere Wirtschaft wieder heben, und bei dem dann sich entwickelnden Wettbewerb halte ich Lübeds Chancen für günstig, namentlich auch deshalb, weil die Selbstständigkeit unseres Staates uns in die Lage setzt, durch geeignete Maßnahmen uns den jeweiligen Verhältnissen schnell anzupassen und wir auch hoffen dürfen, daß unsere Regierung, ebenso wie bisher, auch für die Zukunft für alle einschlägigen Verkehrsfragen stets ein volles Verständnis haben wird.  
Der 1. Syndikus der Handelskammer, Dr. Erich Wallroth, schreibt: Eine nennenswerte Belebung des Ostseehandels hatte der Friedensschluß bisher nicht zur Folge. Sie kann erst eintreten, wenn eine Gesundung unserer Währung die deutsche Kaufkraft gegenüber den nordischen Ländern stärkt, wenn ferner eine durchdringende Belebung der deutschen Ausfuhrerzeugung den in die Ostsee gerichteten deutschen Warenstrom wieder anschwellen läßt und wenn Hand in Hand damit die behördliche Bevormundung des deutschen Außenhandels fällt. Allerdings wird der internationale Wettbewerb im Ostseegebiet hartere Formen annehmen, und auch die einzelnen deutschen Hafenplätze werden sich miteinander messen. Aber ein neues, unerwartlich weites Betätigungsfeld bietet das doch schließlich mit Sicherheit wieder erblühende Rußland, und geben über Polen, zu neuem Fortgang

leben, ja muß der Offsehhandel weit über seine früheren Grenzen hinaus eine starke und wachsende Belebung erfahren. Dafür, daß Lübeck an diesem Offsehhandel den nach seiner verkehrsgeographischen Lage ihm bauend gebührenden Anteil nimmt, wird eine zielbewußte und großzügige innere Verkehrspolitik des Reiches Sorge tragen müssen.

**Jungsozialistische Vereinigung (S. P. D.).** Monatsprogramm für Oktober: Donnerstag, 7. Okt. Jugend und Jungsozialisten. Sonntag, 10. Okt.: Dichterabend „Geinrich Heine“. Donnerstag, 14. Okt.: „Die Frau und der Sozialismus“. (Vortrag). Sonntag, 17. Okt.: Wanderung nach Tschow. Donnerstag, 21. Okt.: Parteil und Jungsozialisten. (Vortrag). Donnerstag, 28. Okt.: Mitgliederversammlung. Sonntag, 31. Okt.: Platte deutscher Abend.

**Was kosten die Baracken- und Neubauten?** In dem Bericht über die Verammlung des Zentralmiterrates des Mietervereins sind Angaben gemacht über die Unkosten der Baracken- und Stieglingshäuser. Es heißt dort, daß dem Staat eine Barackenwohnung auf 35 000 Mk. zu stehen komme. Dazu schreibt Herr Baurat Wira, daß sich die Kosten für eine Barackenwohnung nach Herabsetzung des Kaufpreises durch das Reich jetzt auf 18 500 Mark stellen und zwar einschließlich der Erwerbsteuern und den Aufwendungen für Einzäunungen und Zugewegungen. Dieser Betrag wird durch die Miete zum Teil vergütet. Zur Klarstellung der Baukosten der Stieglingshäuser von der Gemeinnützigen Siedelungsgenossenschaft sei bemerkt, daß sich nach deren Angaben das kleinste Haus auf 58 000 Mk. stellt, einschl. 4000 Mk. für 1000 Quadratmeter Gartenland, davon gibt das Reich als Darlehen rund 18 000 Mark und der Lübecker Staat rund 13 000 Mark. Ein großes Haus mit derselben Grundstücksgröße kostet 87 800 Mark. Demnach stellt sich die jährliche Miete unter Voraussetzung, daß für den Ertrag des Gartens 500 Mark gerechnet werden und für die Verzinsung 6 Prozent gerechnet werden, auf 1300 Mark resp. 3172 Mark. Die durchschnittlichen Baukosten einschl. der Kosten des Grundstücks der bisher (vom Juni 1920 bis September 1920) mit Bauzuschüssen bedachten Häuser betragen rund 65 000 Mark mit durchschnittlich 26 300 Mark Baudarlehen. Der Lübecker Staat gibt, im Gegensatz zu anderen Staaten, ein höheres Baudarlehen, als vom Reich vorgesehen ist. In der Provinz Lübeck (Cutin) z. B. wird nur ein Drittel dessen gewährt, was in Lübeck an Beihilfe vom Staat und Gemeinde bewilligt wird. Auf diese Weise unterstützt der Staat auf wirksamste Weise die Bestrebungen der Siedelungsgenossenschaften, deren Arbeiten zur Verringerung der Wohnungsnot in keiner Weise durch obige Ausführungen geschmälert werden sollen. Denn letzten Endes kann nur durch ein tatkräftiges Zusammenarbeiten aller an dieser wichtigen Frage beteiligten Kräfte etwas Ersprießliches geschaffen werden.

**Eine Generalversammlung des Vereins Arbeiterjugend** fand am Sonntag, dem 3. Oktober, im Gewerkschaftshaus statt. Zahlreich waren unsere Jünglinge und Mädels erschienen. Aus dem Bericht über den Reichsjugendtag ist hervorzuheben, daß ein Antrag, der die Altersgrenze von 18 auf 20 Jahre erhöhen wollte, auf der Konferenz mit großer Mehrheit abgelehnt wurde. In der Debatte wurde lebhaft debattiert, daß das neue Reichsjugendgesetz immer noch nicht fertiggestellt ist. Bedarf doch gerade die arbeitende Jugend des erhöhten Schutzes. Beim Punkt „Unsere Bildungsarbeit im Winterhalbjahr“ wurde einstimmig ein Antrag angenommen, die Geschäftsleitung des Lübecker Volksboten zu ersuchen, monatlich eine Jugendbeilage im Volksboten zu bringen, wie es die Medienburgische Volkszeitung und andere Parteiblätter schon längere Zeit tun. — Der Kampf gegen die Arbeiterjugend, der seit der Revolution abgefaul ist, wird wieder schärfer und offener geführt. Das wurde nachgewiesen an verschiedenen Vorkommnissen in letzter Zeit. Aber allen Widerständen zum Trotz wird die Arbeiterjugend sich doch behaupten. — Vormärts, du junge Garde des Proletariats!

**Die Streikgefahr bei der Cutin-Lübecker Eisenbahn.** Vom Angestellten- und Arbeiterrat wird uns geschrieben: Die Zuschrift, welche die Direktion der Cutin-Lübecker Eisenbahn kürzlich an die hiesigen Tageszeitungen sandte, bedarf einer Erwiderung. Von den beiden Lübecker Privatbahnen betonte die Direktion der Lübeck-Büchener Eisenbahn, daß bei dieser Gesellschaft eine Streikgefahr nicht bestehe, da sie nicht Mitglied der Arbeitgeberverband der Straßen-, Klein- und Privatbahnen die Streikgefahr heraufbeschwört und dieses Gefühl haben auch die Arbeitgeber der Cutin-Lübecker Eisenbahn. Der Arbeitgeberverband für Straßen-, Klein- und Privatbahnen, dem die Cutin-Lübecker Eisenbahn angehört, bietet den Angestellten der beteiligten Bahnen in Ortsklasse A 90 Proz., in B 85 Proz., in C, D und E 80 Proz. der Reichsbezahlung. Lübeck gehört zur Teuerungsklasse C. Die Cutin-Lübecker Eisenbahn ist Hauptbahn mit Schnellzugverkehr auf ihrer Strecke, soll aber trotzdem mit den Sekundär- und Kleinbahnen, die in den billigsten ländlichen Bezirken betrieben werden, auf eine Stufe gestellt werden. Die Folge davon würde sein, daß die Angestellten der Cutin-Lübecker Eisenbahn einen Gehaltsabzug von 20 Prozent des jetzigen Einkommens erleiden würden. 20 Prozent Gehaltsabzug in einer Zeit, wo die Preise für Lebensbedürfnisse ständig in die Höhe gehen und außerdem große Ausgaben für Feuerungsmaterial, Kohlen und Winterkleidung nötig sind! Die Arbeiter der Cutin-Lübecker Eisenbahn beziehen als Höchstlohn pro Stunde 4,10 Mark, außerdem 0,20 Mk. Teuerungsbetrag pro Stunde um jedes Kind. Die Lübeck-Büchener Eisenbahngesellschaft bezahl ihren Arbeitern seit Juni ds. Jrs. 4,80 Mark pro Stunde, außerdem die Teuerungszulagen. Der Unterschied beträgt bei 900 Arbeitstagen 1680 Mark. Dieser Unterschied besteht bei zwei Bahnen, die in Lübeck an einem Orte, unter Benutzung gemeinsamer Anlagen, wie Geleise und Bahnhöfe, betrieben werden. Die Arbeitnehmer, Angestellten und Arbeiter der Cutin-Lübecker Eisenbahn verlangen, daß diesen Verhältnissen Rechnung getragen wird, und daß sie nicht schlechter als ihre Kollegen der Nachbarbahn gestellt und ihnen wie diesen die volle Reichsbezahlung und der Reichslohn tarif gewährleistet werden. Wenn nach Vorstehendem eine Streikgefahr auch für Lübeck besteht, so ist diese Gefahr nicht schicksalhaft von den Arbeitnehmern herbeigeführt worden, denn der Arbeitgeberverband, dem die Verwaltung der Cutin-Lübecker Eisenbahn angehört, will, ohne Rücksicht auf die hiesigen Verhältnisse, einfach diktieren. Gegen dieses Vorgehen des Arbeitgeberverbandes und der Direktion der Cutin-Lübecker Eisenbahn protestieren sämtliche Arbeitnehmer der Cutin-Lübecker Eisenbahn, um so mehr, als den Vertretern der Arbeiter seitens der Direktion schriftlich mitgeteilt ist, jede weitere Verhandlung würde als zwecklos abgelehnt. Wenn die Direktion also von einer Streikgefahr spricht, so ist diese Gefahr von der Direktion geschaffen.

**Nichtigstellung.** In unserm gestrigen Bericht über die Sitzung des Landesverwaltungsamtes muß es heißen: Die Erhöhung auf 800 Gramm (Protration) pro Kopf belaste das Reich im Jahre mit etwa 80 1/2 Millionen Mark, nicht Millionen.

**Warnung vor Auswanderungsagenten.** Die Reichszentrale für Heimatsdienst, Landesabteilung Hamburg-Neel, stellt uns folgende aus dem Reichswanderungsamt kommende Mitteilung zur Verfügung: „Otto Rahmann in Kiel, Waigstraße 48, erdietet sich in Zeitungsanzeigen zu kostenloser Auskunft über kostenloser Auswanderung. Die sich an ihn Wendenden erhalten gegen Einzahlung von 5 Mk. einen Plan für eine geographische Anweisung in Afrika. Der Plan enthält neben manchen wichtigen treffsüßigen Angaben über Klima und Annehmlichkeiten in Afrika und muß als Ganzer für unbrauchbar bezeichnet werden. Schon die Anweisung in Gruppen von mindestens 1000 Personen dürfte ausgeschlossen sein. Die Reise dorthin soll in 9 Monate während dem Zugmarsch in Gruppen von 1000 zurückgelegt, die Bekleidung des Lebensunterhalts durch ein wohlorganisiertes System der Sammlung von Spenden, durch

Verkauf von Postkarten, musikalische Darbietungen sowie kamentlich im Orient durch Inanspruchnahme der Gastfreundschaft sichergestellt werden. Der Plan geht offenbar darauf hinaus, gutgläubigen Auswanderungswilligen das Geld aus der Tasche zu ziehen. Das Reichswanderungsamt hat gegen Rahmann Anzeigen wegen Auswanderungsbetrugs erstattet.“

**Geborgene Leiche.** Am Sonntag, dem 3. ds. Mts., wurde unterhalb des Seetempels bei Travemünde die stark verweste Leiche eines unbekanntes Mannes geborgen. Bekleidet ist die Leiche mit einer grau- und schwarzgestreiften Hose. Im übrigen ist die Verwesung soweit vorgeschritten, daß feinerlekt Erkennungszeichen mehr wahrnehmbar sind, nach der die Leiche rekonstruiert werden könnte.

**Offizielle Versammlung des Arbeiter-Turn- und Sportvereins.** Wir weisen an dieser Stelle nochmals besonders auf die am Mittwoch, dem 6. Oktober, abends 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus stattfindende öffentliche Versammlung hin. Bundespräsident Richard Kappisch, Leipzig, hält einen Vortrag über: „Bürgerliche und Arbeiter-Turn- und Sportorganisationen“. (Sind Arbeiter-Sportorganisationen berechtigt?) Jede Turnerin, jeder Turner und Sportler sowie Freunde der Turn- und Sportbewegung beziehe diese Versammlung.

**Stadttheater.** Heute abend wird „Lannhäuser“ zum ersten Male wiederholt. Am Mittwoch findet die Wiederholung von „Tiefenland“ statt. Donnerstag ist die Uraufführung von „Minna von Barnhelm“, Lessings Meisterstück.

**Hansatheater.** Die Direktion teilt mit: Auf die heutige Vorstellung von Willi's Frau sei nochmals hingewiesen. Das entzückende Lustspiel erzielte auch bei der letzten Wiederholung einen ununterbrochenen Lacherfolg.

**Festgenommen** wurde ein bereits mehrfach vorbestrafter Arbeiter, der von einem Führer, welches in der Engelsgrube eine kurze Zeit ohne Aufsicht stand, eine Kiste mit Kolonialwaren gestohlen hatte. — Festgenommen wurde ferner ein Arbeiter aus Döbelsow und ein Arbeiter aus Teutendorf, die sich in der Nacht zum 2. ds. Mts. auf einen im hiesigen Hafen liegenden Fischkutter geschlichen, die Kajüte mittels Nachschlüssels geöffnet und aus derselben eine größere Menge Wäsche, Bekleidungsstücke und Dedeln gestohlen hatten.

**Diebstähle.** Am 4. ds. Mts. wurde ein an ein Haus im Krambuden hingestellt gewesenes Fahrrad, Marke Stöwer-Greif, gestohlen. Für die Wiederherbeschaffung des Fahrrades sind 1000 Mark Bezahlung ausgefällt. — Einem Bewohner des Privatwehmes bei Travemünde ist ein gelbrot und weiß melierter Saiten-Anzug und eine Sommerunterhose gestohlen worden.

## Angrenzende Gebiete.

**Cutin.** Zur Kartoffelbeschaffung. Der Verein der Landwirte hat beschlossen, auch seinerseits zur Hebung der Schwereigkeiten in der Kartoffelbeschaffung beizutragen. Der leitende Gedanke ist der, nach gemonnener Ueberlicht über die verfügbaren, noch nicht veräußerten Kartoffelmengen diese unter Vermeidung unnötiger Zwischenkosten möglichst direkt dem Verbraucher zuzuführen. Die Landwirte wollen versuchen, halbmonatlich einen Ueberblick zu gewinnen, wieviel Kartoffeln nach Deckung des Bedarfs für sich und ihre Leute unserer städtischen Bevölkerung in Cutin, Malente, Ahrensbök und Schwartau zugeführt werden können. Hierzu sind in den einzelnen Orten Kommissionen eingesetzt worden, die in der nächsten Woche eine Besprechung haben, auf welcher weiteres festgelegt werden soll. Das Resultat wird dann bekannt gegeben.

**Schönberg i. Mecklb.** Zur Kartoffelnot wurde in einer Vollerammlung der Gewerkschaftsvorstände eine Entschließung angenommen, die vom Amt Schönberg verlangt, umgehend Maßnahmen zu ergreifen, um der drohenden Kartoffelnot der mittleren und ärmeren Bevölkerung Einhalt zu tun. Es kann unter keinen Umständen zugelassen werden, daß die von den Landwirten mit den Raiffeisenvereinigungen abgeschlossenen Kartoffellieferungen zur Ausführung kommen, ehe die hier benötigten Kartoffelmengen nicht sichergestellt sind. Wir erwarten, daß umgehend Vorkehrungen getroffen sind, um die beunruhigten Massen vor dem langsamen Hungertode zu schützen und einem ev. Gebot der Selbsthilfe vorzubeugen. Tief bedauerlich finden wir es, daß der Kommunalverband bisher in dieser Angelegenheit, im Gegensatz zu anderen benachbarten Kommunalverbänden, noch nichts unternommen hat. Ferner wurde die Geheimniskrämerlei kritisiert, mit welcher die auf dem hiesigen Magistratsbureau vorgekommene Unterschlagung von Zuckerkarten im Gesamtwert von 9000 Mk. im Gegensatz zu anderen kleineren Vorkommnissen, behandelt wurde.

**Hamburg.** Liebestragödie? In der Lübecker Straße erschöß ein junger Mann aus Vöhrne, namens Becker, seine Braut, das Dienstmädchen Anni Burmeister und dann sich selbst. Das Mädchen war sofort tot, während der junge Mann in der Nacht im St.-Georger-Krankenhaus verstarb. — Der Kartoffelwucherer nimmt im Kleinhandel schon bedeutliche Formen an. Es werden bereits 80 Wfg. für das Pfund gefordert. In der Ortsversammlung deutscher Kartoffelinteressenten wurde erklärt, daß in Schleswig-Holstein von Privatleuten, Fabriken, sogar von Hensburger Eisenbahnern Preise von 60 bis 70 Mark für Kartoffeln geboten würden. Hierdurch würde der Handel ungemein erschwert, billige Kartoffeln vom Landwirt zu erstehen.

**Hamburg.** Großfeuer auf dem Dampfer „Fürst Bismarck“. In den ersten Morgenstunden ist auf dem Dampfer „Fürst Bismarck“, der in Steinwärder liegt, Großfeuer ausgebrochen. Mit 4 Jügen begab sich die Feuerwehr zur Brandstelle. Nähere Nachrichten fehlen noch.

**Ottendorf.** Wie sich die Landwirte billige Arbeitskräfte verschaffen. Von einem Landarbeiter wird uns über die Neuerung des Abg. Dohm in der Landesausstellung Cutin zu der Elenfrage geschrieben: Herr Dohm behauptete, daß nur die Landwirte, die zugezogen seien, viele Elenen beschäftigen. Dem kelle ich entgegen, daß hier im Orte augenblicklich nicht mehr als 14 Elenen vorhanden sind und zwar gerade bei den Bauern, die hier so lange ich denken kann, anständig sind. Gegen die Neuerung, daß die Arbeiterwohnungen besser seien als der Ordnungsmann der darin Wohnenden, kann nicht stark genug protestiert werden. Man trifft genug Arbeiterwohnungen, die viel schlechter sind als die Schweinehülle. Das rührt wohl daher, weil die Agrarier für die Inzassen der Schweinehälle Geld bekommen, während sie die Arbeiter bezahlen müssen, und das können die Herren nicht verzichten. Zu der Elenfrage verlangen wir als organisierte Arbeiter, daß die Regierung eingreift und den Bauern höchstens 10 weile Elenen halten läßt als Arbeiter vor dem Kriege beschäftigt waren. Denn Arbeiter sind hier genug vorhanden, viele sind droilos und fallen dem Staate zur Last. Wir bekommen weder in Lübeck noch in Hamburg Arbeit. Aber in der Provinz können die Bauern als Elenen einstellen, wen sie wollen. Diese kommen größtenteils aus der Stadt, es sind Offiziere oder Söhne von Bauern, die genug zu leben haben. Kommen Arbeiter zu den Bauern und wollen etwas haben, dann haben die Herren nichts. Dieser Tage kamen hier ein paar Leute aus der Stadt zu einem Bauern und wollten ein bißchen Korn haben. Sie erhielten die Antwort, er habe nichts, sie sollen zu den Arbeitern gehen, die erhalten alles Korn. Kommen aber wohlhabende Leute, dann können diese alles kriegen. Wir verlangen von der Regierung, daß sie sofort Wohnungskommissionen ernannt, die die Arbeiterwohnungen revidieren, damit diese in einem etwas menschenwürdigen Zustand gesetzt werden. Den landwirtschaftlichen Arbeitern aber rufe ich zu: organisiert euch; der letzte Mann muß in den Landarbeiterverband, damit wir der Willkür der Bauern einen Damm entgegengehen können. Wenn die Bauern den Verpflichtungen gegen die Arbeiter nachkommen, dann haben sie auch nichts zu sagen. Denn können sie die Bauern nicht um den Lutz. Belehrt man auf seinem Recht, dann

heißt es, was vor dem 1. Juli gewesen sei, werde nicht mehr verhandelt. Meines Erachtens müssen aber sämtliche im Arbeitsjahr vorkommenden Streitfragen verhandelt werden. Die Agrarier sollen den Bogen nur nicht überspannen, er kann sonst brechen.

**Kiel.** Ueber eine Erwerbslosen demonstration, die am Montag stattfand, berichtet die „Schleswig-Holst. Volkszeitung“, nach einer längeren Würdigung über die furchtbare Not der Erwerbslosen: Die Demonstration begann gegen 12 Uhr mittags am Schloß. Der Zug bewegte sich zunächst nach dem Neumarkt, wo von dem bis jetzt noch unabhängigen Parteisekretär Schwarz sowie von Klein (S. P. D.), Asmus und Vettmann (S. P. D.) Ansprachen gehalten wurden, die sämtlich ausstiegen in ein Hoch auf die Räteherrschaft und die Moskauer Internationale. Die praktischen Forderungen der Erwerbslosen wurden von den Rednern kaum oder gar nicht erwähnt. Vom Rathaus, das durch ein Kommando der Sicherheitswehr besetzt war, zogen die Demonstranten nach der Bergstraße. Da die Tore der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ verschlossen und die Druckerei durch Polizeimannschaften gesichert war, konnte man nur einige Beschimpfungen auf das „Reptilienorgan“ abladen. Es sprachen nachher Schwarz und Klein. Der unabhängige Parteisekretär suchte Stimmung zu machen für Moskau. Er deutete an, daß alles anders würde, wenn keine Partei existiere, die Internationalen der Tat angehöre. Von der Bergstraße zog man nach dem Gewerkschaftshaus. Der Vorsitzende des Gewerkschaftsrates, Genosse Fahrntrog, der auf Erfragen einen Bericht über die Arbeiten des Kartells gab, wurde dort von den Herren Klein und Schwarz über den wahren Marxismus belehrt. Es wurde ihm zu Gemüte geführt, daß auch kein Stuhl in Gefahr käme, bei dem großen Reichtum vor die Tür geklopft zu werden, wenn er sich nicht schleunigst bessere und für die Wahl von politischen Arbeiterräten eintrete. Gegen 4 Uhr ging alles befriedigt nach Hause. Aus den Betrieben haben von rund 20 000 Arbeitern 3600 an dem Demonstrationzug teilgenommen, der mit den Erwerbslosen 5000 Mann zählte. Wenn man bedenkt, daß wir 2400 Erwerbslose zählen und die Unabhängigen 8500, die Kommunisten 1000 Parteimitglieder haben wollen, gewiß für sie kein besonders erfreuliches Ergebnis.

**Kiel.** Gegen Kartoffel- und Fleischwucher. Auf Anordnung des Oberpräsidenten der Provinz Schleswig-Holstein sind in allen Stadt- und Landkreisen Preisnotierungskommissionen unter Beteiligung von Erzeugern, Händlern und Verbrauchern zu bilden, welche die angemessenen Preise festzusetzen haben. Bei Ueberschreitung dieser Preise durch Erzeuger und Händler soll sofort die Strafverfolgung auf Grund der Wucherergesetzgebung eingeleitet werden. In gleicher Weise sollen auch Preisnotierungskommissionen für Vieh und Fleisch eingerichtet werden. Bis auf weiteres bleibt die Ausfuhr von Vieh aus der Provinz einer Beschränkung unterworfen, event. kann die Ausfuhr von Fleisch ganz verboten werden.

**Rendsburg.** Bootsunglück. Am Sonntag nachmittag kenterte auf dem Uddorfer See (Ranal) beim Wenden infolge einer Böe ein mit drei Personen besetztes Segelboot. Während zwei der Insassen sich am Bug festhalten und von einem herbeigeeilten Ruderboot gerettet werden konnten, ist der Bootsführer Vetter-Gabel, der, trotz Warnung, schwimmend das etwa 30 Meter entfernte Ufer zu erreichen versuchte, ertrunken. Gabel war ein großer Geigenkünstler.

**Güßrow.** Bei der Stadtverordnetenwahl erhielten Stimmen: Mehrheitssozialisten 2786; Unabhängige 433; vereinigte Bürgerliche 2452; Beamtenbund 1063; Demokraten 872. Die Mandate verteilten sich wie folgt: Sozialdemokraten 12; Unabhängige 2; Beamtenbund 4; Bürgerlicher Block 11, Demokraten 1. Bisher hatte die sozialdemokratische Fraktion 14 Sitze, und die Bürgerlichen hatten 16 Sitze.

**Bremen.** Die Wahl der U. S. P. Delegierten zum Hallenser Parteitag in Bremen ergab die Wahl von fünf Gegnern der 21 Moskauer Bedingungen. Die Wahlbeteiligung war nicht stark. Die Moskauer erhielten kein Mandat.

**Rotenburg.** Kartoffelschieber. Vom hannoverschen Kartoffel-Großhändlerverein wird ein Schreiben an die Spiritusbrennereibesitzer verandt mit der Anfrage, wieviel Ladungen Kartoffeln in diesem Jahre zum Brennen gebraucht werden. Dem Verein stehen einige hundert Ladungen Fabrikartoffeln ab hannoverscher, märkischer und brandenburger Bauhöfe zur Verfügung. Nach eingegangener Antwort der Brennereibesitzer will der Verein mit Preisangebot dienen. Von den Spiritusinteressenten wird behauptet, wenn die Kartoffeln über 20 Mk. kosten, lohnt sich das Brennen nicht. Da sei doch einmal darauf hingewiesen, daß ein Zentner Kartoffeln 3 Liter Spirit ergibt, 1 Liter Spirit gibt 3 Liter Schnaps, also 9 Liter pro Zentner Kartoffeln, das Liter Schnaps zu 30 Mk. sind 270 Mark. Da der Futterwert der Kartoffel beim Brennen nicht verliert, ergeben die Rüdfände auch noch eine schöne Einnahme. Daraus ist zu ersehen, daß es den Brennereien leicht möglich ist, 80—100 Mk. für den Zentner Kartoffeln zu zahlen.

## Briefkasten.

**C. S.** Die 10 Prozent Zuschlag für Abvermietung sind auf den ganzen um 75 Proz. erhöhten Mietpreis zu zahlen. Wenn Ihre Wohnung z. B. 400 Mark jährliche Miete kostet und Sie vermieten ein Zimmer ab, dann haben Sie 440 Mark Miete zu zahlen. So soll wenigstens nach den Richtlinien des Einigungsamtes, die für 30 Wfg. käuflich sind, verfahren werden.

## Neueste Nachrichten.

**Der Streik im Berliner Zeitungsgewerbe.**

**II. Berlin, 5. Oktober.** Der Leitartikel im Berliner Zeitungsgewerbe hat zur Folge gehabt, daß heute Morgen die Berliner Morgenblätter ohne Inserate erschienen sind.

**Die Verhandlungen im Ruhrbergbau.**

**II. Oberhausen, 5. Oktober.** In einer Vertrauensmänner-Konferenz des alten Bergarbeiterverbandes für den Bezirk Oberhausen-Hamborn wurde zu den Tarifverhandlungen im Bergbau Stellung genommen und betont, daß unter keinen Umständen die Lohnfrage auf die lange Bank geschoben werden dürfe. Sollte das Unternehmertum im Ruhrrevier eine andere Sichtweise einführen wollen, so müsse dem mit aller Macht entgegengetreten werden. Eine Entschließung in diesem Sinne wurde einstimmig angenommen.

**Waffenstillstand zwischen Polen und Litauen?**

**II. Warschau, 5. Oktober.** Gerüchweise verlautet, daß zwischen Polen und Litauen ein Waffenstillstand abgeschlossen und eine Demarkationslinie festgelegt worden sei.

**Die Bedrohung Indiens durch die Bolschewisten.**

**II. Rotterdam, 5. Oktober.** Nach einer Meldung aus Kalkutta haben bolschewistische Truppen die indische Grenzstadt Shoban besetzt, wodurch die bolschewistische Propaganda in Indien bedeutend erleichtert wird.

Für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Nachrichten „Aus dem Freistaat Lübeck“ verantwortlich: Otto Friedrich; für die Rubrik „Aus dem Freistaat Lübeck“ verantwortlich: Hermann Bauer. Verleger: Fein. Steinberg. Druck: K. Led. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.



# Wärmende Hinterkleidung

Ein beachtenswertes Angebot für sparsame Hausfrauen.

Kinder-Strümpfe,  
alle Größen,  
sehr preiswert.

|                                                                           |       |                                                                  |       |       |
|---------------------------------------------------------------------------|-------|------------------------------------------------------------------|-------|-------|
| Herren-Unterhosen<br>in Trikot bzw. Normalstoff 48.00 u.                  | 19.50 | Damen-Schlupfhosen schwarz und<br>farbig, feines Trikotgewebe... | 84.50 | 24.50 |
| Herren-Unterjacken<br>Normalstoff, wollgemischt 48.00 u.                  | 38.00 | Damen-Hemdosen<br>gewirkt, weiß m. Banddurchzug 40.50            |       | 34.50 |
| Herren-Normal-Hemden<br>gute, wollgemischte Qual. 54.00 u.                | 48.50 | Damen-Untertailen<br>gewirkt, weiß, .....                        | 19.50 | 16.50 |
| Herren-Trikothosen mit angeraut.<br>Futter, schwere Qualität. 52.00 u.    | 49.50 | Damen-Unterhemden<br>gewirkt mit langen Aermeln 32.00            |       | 23.00 |
| Herren-Strickwesten schwarz u. grau<br>87.50 65.00... Reichsware 25.00 u. | 19.25 | Kinder-Hemdosen gewirkt bzw.<br>Trikot, weiß und grau .....      | 12.75 | 9.75  |
| Herren-Einsatzhemden<br>Trikot mit Perkal.....                            | 48.50 | Kinder-Höschen<br>reine Wolle 18.75.....Halbwolle                |       | 12.50 |

|                                                     |       |       |       |                                                     |       |       |       |
|-----------------------------------------------------|-------|-------|-------|-----------------------------------------------------|-------|-------|-------|
| Damen-Winter-Strümpfe<br>gewebt und gestrickt ..... | 34.50 | 22.50 | 11.50 | Herren-Winter-Socken<br>gewebt und gestrickt .....  | 26.50 | 13.50 | 11.75 |
| Damen-Trikot-Handschuhe<br>in modernen Farben ..... | 17.50 | 14.50 | 12.75 | Herren-Trikot-Handschuhe<br>haltbare Qualität ..... | 27.50 | 19.50 | 15.75 |

Kinder-Sweater warme Winterqualitäten  
9.50 18.50 24.50  
Kinder-Strickmützen . . . . 11.- 6.50

## Holstenhaus Lübeck

# Sil

macht die Wäsche frisch u. duftig.  
Bestes  
**Wasch- und Bleichmittel**  
Reinigt und bleicht ohne Reiben, nur durch  
einmaliges 1/4 stündiges Köchen. Ein Paket  
kostet nur Mk. 2.- und reicht für  
60-70 Ltr Lauge.  
Überall käuflich.  
Henkel & Cie, Düsseldorf.  
Fabrikanten v. Henkel's Bleich-Soda

**Bekleidungsarbeiter-Verband**  
Filiale Lübeck.

**Einladung zum Herbstvergnügen**  
am Sonnabend, d. 16. Oktbr. 1920,  
im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße.  
Kasseneröffnung 1/6 Uhr. (7715)  
Eintritt für Damen 2 Mk., Herren 3 Mk.  
Hierzu ladet freundlichst ein Das Komitee.

**Kolosseum  
Ball**  
Jeden Mittwoch  
und Sonnabend  
Anfang 6 Uhr  
Heinrich Ohde. (7708)



**Arbeiter-Turn- und Sport-  
Verein, Lübeck.**

**Öffentl. Versammlung**  
am Mittwoch, dem 6. Oktober 1920  
abends 7 1/2 Uhr  
im Gewerkschaftshaus.

1. Vortrag: „Bürgerliche und Arbeiter-  
Turn- und -Sportorganisationen“.  
(Sind Arbeiter-Sportorganisationen berechtigt?)  
Referent:  
Bundesspielwart Rich. Koppisch, Leipzig.

2. Freie Aussprache.  
Zu dieser Versammlung sind besonders freundlich  
eingeladen: die sozialdemokratische Bürgerschafts-  
fraktion, das Gewerkschaftskartell, die Mitglieder des  
Amtes für Selbstübungen sowie die Mitglieder der  
bürgerlichen Turn- und Sportorganisationen.

Turner, Turnerinnen, Sportler sowie  
Freunde der Turn- und Sportbewegung  
erscheint in Massen!  
Der Vorstand. (7712)

**Konzerthaus Lübeck**  
Gr. Ballabend  
Jeden (7706)  
Mittwoch  
Auf. 6 1/2 Uhr.  
Sonntag  
Auf. 4 1/2 Uhr.

**Weisser Engel.**  
Morgen Mittwoch: (7781)  
Erster Familien-Ball.

**Mieterschutzverein**  
e. V. :: Lübeck.

Am Dienstag, d. 5. Oktbr.  
abends 7 1/2 Uhr  
im Gewerkschaftshaus,  
Zimmer Nr. 11/12:

**Versammlung  
der Mieter in  
Staatswohnungen.**  
Tagesordnung:  
Was geschieht zur Fest-  
setzung der Wohnungsmiete  
in staatlichen Häusern?  
Zahlreichen Besuch erwartet  
Der Mieterrat.

**Allgem. Versammlung**  
am Mittwoch, d. 15. Oktbr.  
7707) Der Vorstand.

**Gleiermanns**  
7 1/2 Uhr  
(7728)

**Ganja-Theater.**

Heute 7 1/2 Uhr  
(5. B. D. Boll-Ab. 8. B.  
Galb-Ab. Serie I) (7714)  
Zum 3. Male.

**Willis Frau.**  
Zeit. Familienk. i. 8 Akt.

Mittwoch, 7 1/2 Uhr:  
(5. B. Mittw.-Boll-Ab.,  
8. B. Galb-Ab. Serie I)  
Der große Schläger  
**Budenzauber.**  
Operetten-Schwank  
von Kaufmann.

**Stadttheater Lübeck.**

Dienstag B. D u. 4. B. i. D.  
Ab. Tamhäufer. 7 Uhr.  
Mittwoch B. A u. 5. B. i. D.  
Ab. Tiesland. Op. 7 1/2 U.  
Donnerst. B. D u. 4. B. i. D.  
Ab. Minna v. Barnh. 7 1/2 U.  
Freit. B. A u. 5. B. i. D.  
Ab. Madame Butterfly. 7 1/2 U.  
(7724)

**Der gute Name eines reellen  
Geschäfts**

prägt sich dem Leser am besten dann  
ein, wenn **fortlaufend** im  
„Lübecker Volksboten“ inseriert wird.

Diese

**Inserate haben durchschlagenden Erfolg!**

**Mieterschutzverein**  
e. V.  
Lübeck. (7728)

**Privat-Rechnungskurse.**  
Der Oberkursus beginnt  
am 7. Oktober, der Unter-  
kursus am 8. Oktober, abends  
7 1/2 Uhr. (7711)  
K. Hinzpeter, Mollkestr. 5.

**Öffentliche  
Versammlung  
in  
Travemünde**  
am Donnerstag, 7. Okt.,  
abends 7 1/2 Uhr  
im „Kolosseum“.  
Tagesordnung:  
Mietserhöhungen u. Woh-  
nungsnot.  
Zahlreichen Besuch aller  
Mieter und deren Ange-  
hörigen erwartet  
Der Vorstand.



**Turn- und Sport-Verein Lübeck.**

**General-Versammlung**  
am Mittwoch, d. 6. Okt.,  
im Gewerkschaftshaus.  
Wegen Wichtigkeit der  
Tagesordnung vollständiges  
Erscheinen erforderlich.  
Der Vorstand.

## Angestellte und Internationale.

Gegen die Moskauer Diktatoren!

Am 29. September hat im Industriebeamtenhaus zu Berlin die große Vertreterversammlung der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände (Afa) getagt und zur Frage der Gewerkschaftsinternationale Stellung genommen. Nach mehrstündigen eingehenden Debatten wurde das nachstehende Manifest angenommen:

I.

Unter den Wirkungen des vom internationalen Kapitalismus entfesselten Weltkriegs ist in allen Ländern eine völlige Desorganisation und Verarmung der Wirtschaft eingetreten. Dadurch wurde — beim Fortbestande der chaotischen kapitalistischen Privatwirtschaft — die wirtschaftliche Lage der nur von dem Ertrag ihrer Arbeitskraft Lebenden auf ein unerträgliches Maß herabgedrückt.

Eine Beseitigung dieser Wirkungen ist im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung unmöglich. Nur planmäßige gemeinschaftliche Zusammenarbeit aller Völker kann einen Ausweg aus dieser Lage bringen.

Die Friedensbedingungen der Verträge von Versailles und St. Germain, weit davon entfernt, eine Grundlage für die friedliche Zusammenarbeit der Völker am Wiederaufbau Europas zu bieten, sind nur Ausfluß der gilllosen imperialistischen Begierden der Bourgeoisie der obliegenden Staaten; ihre Beseitigung und ihr Ersatz durch ein Abkommen im Geiste der Menschlichkeit und des Völkerfriedens ist nur durch den einmütigen Willen des Proletariats der siegreichen Staaten möglich. Nur durch einmütige geschlossene Aktionen der internationalen Arbeitnehmerschaft können alle Versuche, neue imperialistische Kriege zu entfesseln oder reaktionäre Staatsstreichs abgewehrt werden.

II.

Die freien Gewerkschaften der Kopf- und Handarbeiter aller Länder bedürfen deshalb des festgelegten klaren internationalen Zusammenschlusses:

Eine leistungsfähige Gewerkschaftsinternationale muß sich aus leistungsfähigen Landesorganisationen zusammenschließen. Nur die Verfügung über die erforderlichen Kenntnisse des sozialen Kräfteverhältnisses ihres Landes, um die in jedem Falle zweckmäßigsten Maßnahmen beurteilen, ergreifen und durchführen zu können. Sie müssen deshalb in ihren Entschliessungen autonom sein.

Jede diktatorische internationale Zentralfaktion führt zur dogmatischen Erstarrung und zu praktischen Niederlagen.

Die Gewerkschaften haben ihre Direktiven ausschließlich von ihren Mitgliedschaften entgegenzunehmen.

Es wäre deshalb ein unerträglicher Zustand für die Gewerkschaften, wenn sich in ihnen festgeschlossene Zellen bildeten, die ihre Direktiven von außerhalb der Gewerkschaften stehenden diktatorischen Instanzen erhielten, denen sie sich bedingungslos zu fügen haben. Die Entfesselung eines Meinungsstreites, wie er die politische Arbeiterbewegung zerrissen und gelähmt hat, wäre

das Verhängnis für die gewerkschaftliche Befreiungsarbeit.

Eine erfolgreiche systematische Arbeit der Betriebsräte setzt ihre Eingliederung in den Rahmen der Gewerkschaftsbewegung voraus. Jede selbständige Sonderorganisation der Betriebsräte ist als zersplitternd und gewerkschaftschädlich abzulehnen.

III.

Die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände (Afa) erkennt als unerlässliches Erfordernis für die freigewerkschaftliche Arbeit der Angestellten die Zusammenarbeit mit dem internationalen Gewerkschaftsbund an. Sie lehnt die Bedingungen des 2. Kongresses der dritten kommunistischen Internationale, soweit sie sich auf die Gewerkschaften beziehen, ab, da sie in ihm keine Grundlage erblickt, auf der eine tragfähige aktionsbereite, auf den Willen der breiten Masse der freigewerkschaftlich denkenden Arbeiter und Angestellten sich stützende Gewerkschaftsinternationale möglich ist.

Die Afa erklärt sich bereit, mit der freigewerkschaftlichen Angestelltenbewegung aller Länder eine feste dauernde organi-

zatorische Zusammenarbeit herzustellen und zugleich die Internationale der Kopfarbeiter Hand in Hand und in dauernder organisatorischer Zusammenarbeit mit der Internationale der Handarbeiterschaft den Internationalen Gewerkschaftsbund zu einer großen

Internationalen aller Kopf- und Handarbeiter

aller Welt auszubauen. Die Afa stellt deshalb an den Internationalen Gewerkschaftsbund den Antrag, die organisatorischen Voraussetzungen zur Bildung einer internationalen Einheitsfront aller freigewerkschaftlichen Kopf- und Handarbeiter zu schaffen.

Angestellte und Arbeiter! Erkennt Euren gemeinsamen Gegner, den internationalen Kapitalismus! Schafft die geschlossene Einheitsfront aller Kopf- und Handarbeiter der Welt!

In einer Spezialdebatte befaßte sich die Vertreterversammlung mit der von der 2. Internationale (Moskau) geplanten

Bildung kommunistischer Zellen

innerhalb der Gewerkschaften. Das Ergebnis dieser Aussprache war die Annahme der folgenden Entschliessung:

„Die vom 2. Kongreß der 2. (kommunistischen) Internationale aufgestellten Thesen zur Gewerkschaftsbewegung verpflichten die der kommunistischen Partei angehörenden Gewerkschaftsmitglieder zur Bildung kommunistischer Zellen innerhalb der Gewerkschaften. Als Aufgabe dieser Zellen wird es in den Thesen unzweideutig bezeichnet, die Gewerkschaften

in den Dienst der kommunistischen Parteiziele

zu stellen. Damit werden diese kommunistischen Zellen zu Fremdkörpern, die nicht nur mit dem in den freien Gewerkschaften jederzeit hochgehaltenen Grundsätzen des Selbstbestimmungsrechts aller Mitglieder unvereinbar sind, sondern darüber hinaus zur Zerschlagung der einheitslichen Gewerkschaftsbewegung führen müssen.

Die am 29. September 1920 versammelten Vertreter der Afa rufen deshalb alle Mitglieder der freien Angestelltenverbände auf, den Gewerkschaftsthesen der 2. (kommunistischen) Internationale und der von der Bildung kommunistischer Zellen in ihren Gewerkschaften drohenden Gefahr entschlossen entgegenzutreten und die Einheit und Geschlossenheit ihrer gewerkschaftlichen Kampforganisation zu wahren.

Der Afa-Vorstand und die Vorstände der angeschlossenen Verbände werden beauftragt, gegen Mitglieder, die diesem Beschlusse zuwiderhandeln, mit allen sachungsgemäß zulässigen Mitteln vorzugehen.“

Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände.

J. A.: Der Vorstand.

Auffhäuser. Rillingen. S. H.

## Die Wirren in der U. S. P. D.

Die Verhältnisse in der U. S. P. D. sind völlig zerfahren. Man kämpft schon längst nicht mehr mit Worten, mit Rede und Gegengede, sondern mit Fäusten, mit Biergläsern und Stuhlschellen. Die Frage, wer die richtigen Grundzüge bei der Spaltung der Partei, die sich nicht mehr umgeben läßt, mitnimmt, tritt an Interesse weit zurück hinter der andern, wer bei der Parteispaltung das Parteieigentum, namentlich die Parteikasse, erhält. Wir haben bereits berichtet, daß der Parteisekretär für Lettow-Beesow, Krille, von der Kreisgeneralversammlung kurzerhand abgesetzt wurde, weil er versucht hatte, die Kasse für die U. S. P. D. sicherzustellen. Noch drastischeres Mittel wählte man in einem Berliner Distrikt an. Der „Vorwärts“ berichtet über den Vorgang (die „unabhängige“ „Freiheit“ beschäftigt den Sachverhalt): „Am 30. September tagte die Mitgliederversammlung des 8. Distrikts der U. S. P. D. in der Königsplatz, Fr. Frankfurter Straße 117. Die Gegenätze plähten hart aufeinander. Weil ein Zusammenarbeiten im Distriktsvorstand unmöglich war — sechs waren für und drei gegen Moskau —, wurde der Antrag gestellt, aus der Mitgliederversammlung eine außerordentliche Generalversammlung zu machen, um die drei Gegner Moskaus aus dem Vorstand herauszubringen. Der Antrag drang durch. Die Moskowiter waren zahlreich mit Adolf

Hoffmann an der Spitze erschienen, während die Minderheit mit Stadtrat Hermann Weise auf den Plan trat. Es entspann sich eine äußerst heftige Debatte. Die Anhänger Moskaus ließen ihren langjährigen Parteigenossen Stadtrat Weise fast kaum zu Worte kommen. Bei der folgenden Wahl wurde auch der langjährige Kassierer Mehner seines Amtes enthoben, an seine Stelle wurde der Expeditur Nahde gewählt. Von der Mehrheit wurde nun verlangt, daß Mehner sofort die Kasse abliefere, da die Versammlungsteilnehmer fürchteten, die Minderheit könnte, ebenso wie in Neufßill in Gesehen, die Kasse an sich reißen. Trotzdem Mehner unter Berufung auf seine lange Parteitätigkeit versicherte, innerhalb acht Tagen den Revisoren und dem neuen Kassierer nach Abschluß mit Abteilungsleitern die Kasse übergeben zu wollen, beschloß die Mehrheit, die Kasse sei sofort den Revisoren und dem neuen Kassierer zur Verfügung zu stellen. Sie beauftragte den neuen Kassierer Lohde und die Revisoren — es war schon 11 Uhr nachts —, die Kasse aus der Wohnung Mehners abzuholen. Stadtrat Weise forderte nunmehr seine Anhänger auf, mit ihm den Saal zu verlassen, denn er wolle mit solchen Spielhunden und Falunken nichts mehr zu tun haben. Wiederrum großer Tumult. Alles drängte zur Tür, wo man sich gegenseitig mit Fäusten und Spatierstöcken traktierte. Nach dieser unerbörten Vergewaltigung durch die moskowitzische Mehrheit rief ein Anhänger Weises: „Lieber Moskau als Moskau!“ Weises Anhänger wurden nun auf die Straße hinausgedrängt und sammelten sich in der Nähe der Wohnung des Kassierers Mehner. Mehner wurde am Verlassen des Saales gehindert, da die Kassenverhältnisse noch nicht geregelt seien. Erst später wurde Mehner mit dem neuen Kassierer Lohde und den Revisoren zur Abholung der Kasse nach seiner Wohnung geschickt. Inzwischen wurde von den Zurückgebliebenen der Antrag gestellt, Weise wegen Beleidigung der Versammlung und des Vorstandes aus der Partei auszuschließen. Nur dem Bemühen Adolf Hoffmanns und einiger Genossen, die für Weise eine Lange brachen, war es zu verdanken, daß er nur eine Rüge erhielt. Als Lohde mit Mehner und den Revisoren vor Mehners Wohnung ankam, erblickten sie in der Nähe Weise und seinen Anhang. Die bedrohten Moskowiter sandten nunmehr einen Boten zurück zur Versammlung, um vom dem Vorfall zu berichten. Der Vorsitzende der Versammlung, Reichstagsabgeordneter Berthel, forderte darauf 10 bis 20 handfeste Genossen zur Unterfütterung Lohdes z. B. „Befreiung“ der Kasse auf. Mehner lieferte darauf, um Weiterungen zu verhindern, die Kasse im Betrage von 8000 Mark an Lohde und seinen Anhang aus. Unter Abführung der Internationale (!) wurde Lohde, „um Eventualitäten vorzubeugen“, unter starker Bedeckung nach Veranlassungslage nach seiner Wohnung begleitet.“

Analphabeten und Papierdaten.

In der „Freiheit“ bekämpft ein Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses der U. S. P. D. für Groß-Berlin, M. Hesselbarth, die Vornahme der Delegiertenwahlen durch Urabstimmung. Nach seiner Ansicht sind die Mitglieder der U. S. P. D. „nicht reif genug“, um über die Moskauer Aufnahmebedingungen entscheiden zu können. Wörtlich schreibt Hesselbarth:

„Machen wir uns nichts vor und geben wir zu, daß der Kreis unserer Mitglieder, welche als parteipolitische Analphabeten angeprochen werden können, nicht der kleinste ist. Auch steht fest, daß es in den Reihen der U. S. P. D. Mitglieder an Papierdaten nicht mangelt, d. h. Genossen, welche wohl ihre Beiträge entrichten, aber nicht das geringste Interesse für das haben, was in der Partei vorgeht.

Wie oft hat sich die U. S. P. D. gerühmt, daß in ihr die „Elite der Arbeiterschaft“, der „fortgeschrittenste Teil des Proletariats“ organisiert sei! Jetzt, wo die Probe aufs Exempel gemacht werden soll, wird in der „Freiheit“ selber die geistige Reife des größten Teils der Mitgliedschaft angezweifelt. Arbeiterelite und parteipolitische Analphabeten — wie reimt sich das zusammen?!

Snowjew und Bucharin in Halle.

Der Papsi von Moskau ist offenbar der Meinung, daß er schon auf dem Parteitag in Halle seine Herrschaft über die deutschen Schafe antreten muß. Die Berliner „Rote Fahne“ veröffentlicht eine Depesche der dritten Internationale an das

## Jesus von Holthausen.

Roman von Wilhelm Hennemann.

10. Fortsetzung.

Nachdruck verboten.

Ein gesunder Kern liegt zweifelsohns in dieser Rechtspflege, die die bürgerliche Misshandlung und den moralischen Tiefstand des Bezürsteten offen zum Ausdruck bringen will. In diesem Falle zwar greift sie arg daneben; aber Sie müssen die Mühsal schon über sich ergehen lassen!

Der Ingenieur ging kopfschüttelnd in dem Zimmer auf und ab. Eine merkwürdige Welt! — Na, warten wir also in Ruhe der Dinge, die da kommen werden!

Damit zündete er sich eine Zigarre an und schob auch dem Lehrer das Glut zu: „Bitte!“

Eine große Kiste, darüber eine Decke gedreht, diente als Tisch. Daran saßen die beiden. Zwischen sich die Lampe.

Es ist besser, wir setzen uns in die Mitte des Zimmers, damit man uns nicht von draußen sieht; das wird leicht als Herausforderung angesehen.

Ein Wellchen noch haben sie, da hörten sie draußen ein leises Kommen und Sprechen. Und dann brach mit einem Male ein Lärm aus, als seien schreiend und polternd tausend Hölleengelster lebendig geworden. Mit Deckeln, Fässern, Kindertrumpeten, Weckanlagen, Ruhglocken und dem wunderbarsten Instrumenten wurde gerafft und geklappert, getrommelt, trompetet und gebläuet, hoch und tief und schrill und dumpf. Es war ein entsetzlicher Lärm.

Die beiden hielten sich anfangs die Ohren zu.

Wie lange soll die Komödie dauern? sagte der Ingenieur, man sollte einen Schreckschuß dazwischen jagen.

Der Lehrer zuckte die Achseln. Er nahm die Hände herunter. Draußen raste und tobte die wahnwitzige Musik in unermüdbarer Stärke. Mit einemmal brach der Ingenieur auf und stieß zur Tür:

Der Satan hole die Handel! Ich bin doch ihr Narr nicht! Der Lehrer hielt ihn erschrocken fest. Wenn Sie hinausretren, machen Sie Bekanntschaft mit faulen Äpfeln und Glas und ähnlichen bellenden Dingen.

Der Jesus! sagte er draußen. Jesus von Holthausen! Nun hatte man sie doch gesehen. Ein Gegenstand flüchtete an das Fenster. Die Musik, die einen Augenblick unterbrochen worden war, mähte auf neue wie ein entsetzlicher Sturm.

Können Sie den vollendeten Wahnsinn noch immer gutheißen? dachte der Ingenieur.

Ich gäbe ein Jahr meines Lebens darum, nähme mir einen den Namen; nicht meinewegen, sondern des Nazareners wegen. Dieser Spott ist eine Gotteslästerung!

Der Lehrer sah wehmütig vor sich hin.

Draußen ein gewaltiger dröhnender Schlag auf das Bierfaß, und in der Sekunde waren die Furchen verstimmt. Ein Trampeln und Tobeln zeigte an, daß die Gekster zerstreut.

Es ging auf Mitternacht zu, als der Lehrer den Heimweg antrat. Als er die Haustür geöffnet und eintreten wollte, knallte ein fauler Apfel hart neben seinem Kopfe an die Tür — und drüber im Strahengraben erhob sich ein rohes Gelächter.

Der Lehrer schämte sich keiner Dörfler. —

Ferien! — O du köstliches, befehlendes Wort! — Aller Zwang ist gebunden, alle Lust ist frei. Der ganze Tag gehört den Kindern, die Straße, das Dorf, der Wald, der Himmel und die goldbige Sonne. Alle stehen sie im Dienste der frohlockenden Jugend. Alle Wunder werden lebendig, alle Märchen tun ihre Tore auf. Die Sonne laßt und die Berge singt, die Acker grünen und die Wiesen blühen. Die Himmelschiffchen drängen sich zum Kranze, die jungen Weiden nach dem Blütenkranz. Da ist kein Flecklein Erde, das nicht zu einem Paradies würde.

Die kleine Minna Altmann sitzt in dem Hartmannshof unter einem blühenden Birnbaum. Ihre zarten Finger spielen mit einigen Blüten, ein feines Rot liegt wie ein Pfirsichhauch auf ihren Wangen. Da hält sie inne und lauscht — Ueber ihr singt ein Buchfink sein lustig Lied. Auch ihr kleines Herz wird der Freude voll, ein Glanz blüht in ihren Augen.

Da biegt die Elfe Korveslühr mit einem Körbchen auf den Hof. Sie bringt dem Kinde die Fleischsuppe. Das Milchmädchen hat mit ins Feld gemauert, Frühkartoffeln pflanzen; da ist sie selbst schon genaugen.

Da bist du ja! rief sie erfreut und legte den Koch vor das Mädchen hin. — Warte, ich hole dir einen Rüssel, da ist du die Suppe hier draußen, da schmeckt sie noch einmal so gut. Die Wägelchen und die Wägelchen schau dir zu und die Sonne fällt in dein Schälchen. Das wird fein!

Elend lief sie ins Haus und kam bald mit dem Rüssel wieder heraus. Sie wollte einen Hauf, der im Hofe lag, unter den Baum, stellte ihn zurecht, breitete ihr weißes Schürpfleisch darüber und legte das Schälchen darauf.

Stehst du, da hast du gleich ein „Lüschchen bei dich!“ Nun laß dir's wohl schmecken.

Sie ließ sich in das junge Gras nieder, schlang die Hände um die Kreis und schaute lachenden Linses dem essenden Kinde zu.

Langsam und mit Wohlbehagen löffelte das Kind die Suppe. Die Spenderin sah — sie sah an, es dem Kinde schmeckte. Sie

Augen verfolgten den Rüssel, wie er sich senkte, zum Munde hob und wieder senkte; sie schaute mechanisch mit. Da sie sich dabei ertappte, mußte sie lachen, stand auf — und fand dem Lehrer gegenüber.

Nun müssen Sie mir verzeihen, Fräulein Korveslühr, ich sah das liebliche Bild von der Straße aus; da zog es mich in den Hof.

Der Lehrer wandte sich an das Kind: Du siehst ja prächtig aus. Minna, da wirst du bald wieder in den Wald gehen. Das Kind lächelte: Otern will Vater mich mitnehmen! Das ist recht, und Pfingsten kommst du dann wieder zu mir in den Unterricht!

Das Kind hatte das Rüsselchen ausgegessen. Fräulein Korveslühr tat es wieder in das Körbchen und schaute sich an zu gehen. Der Lehrer verließ mit ihr den Hof.

Verlegen schritt sie neben Herrn Schröder hin. Da meinte er: Für Sie gibt es nun keine Ferien mehr; der Hof gibt Ihnen Arbeit genug!

Ihr Gesicht überschattete sich: Ach nein, und man möchte so werden noch zu gerne Kind sein und alles von sich abschütteln können, was sich in Wochen an Verdruß und Enttäuschung angelagert!

Auch Ihnen wird ein Ostern blühen! Da müßte meinem Vater zunächst ein Pfingsten werden und er einen neuen Geist bekommen!

Alle Stärke und Treue legt sich durch! Wenn mir die Stärke aus der Treue wüchse, dürste ich hoffen! Ich will nicht meinelidig werden!

Sie waren auf der Straße angelangt; sie reichten einander die Hand und schieden.

Der Lehrer ging seinen Weg weiter, der ihn durch die lebenden und sprossenden Sachen in die Wiesen führte. Eine Schär nan Jungen vernagelte sich hier mit Ballspielen. Ein anderer Trupp spielte Räuber und Gensdarm. Da war kein Zuchtmeister, der Linien zog und seine Regeln wie Stachelzähne legte, und war doch alles wohlgeordnet und recht.

Hier gab sich das jugendliche Leben: froh und wahr, kraftvoll und in blühender Reinheit und Treue. O du wunderkame Jugendzeit, die du keine Wohlgelesenheit und kein Geheh kennst! Dich regelt die Natur und dein gesundes Herz!

Der Lehrer trat in einen Pfad, der ihn dem Flusse näher brachte. Das Rufen und Lachen der Jugend verhallte hinter ihn. — Auch ihm taten die freien Tage wohl, er fühlte, daß er nach den Anstrengungen der letzten Wochen und Abenden einer Ausspannung bedürfte. Da war manches und mancherlei an ihm herangetreten, das auch ihn ungerührt hatte, und das noch während in ihm lag.

Fortsetzung folgt.

